

Bundestagswahl 2021: Was geht in Sachen Engagement?

Zusammenstellung der Aussagen in Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Ehrenamt und Engagementförderung

Diesen Überblick präsentieren wir ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Einbezogen wurden die Wahlprogramme aller derzeit im Bundestag vertretenen Parteien, wie sie Anfang August vorlagen. Die entsprechenden Dokumente finden sich online, um sie aufzurufen, einfach unten in der Liste auf den Parteinamen klicken. Die einschlägigen Stellen in den Programmen wurden identifiziert, indem in die Suchfunktion relevante Begriffe eingegeben wurden, von „Engagement“ und „Ehrenamt“ über „Gemeinnützigkeit“ bis „Zivilgesellschaft“ u.a. Gerne können Sie die Übersicht weiterreichen, online stellen etc, Angabe der Quelle genügt. Die ersten Seiten geben Positionen von Union, SPD und Grüne wieder, danach folgen ab Seite 6 AfD, FDP und Linke.

	<u>CDU/ CSU</u>	<u>SPD</u>	<u>Bündnis 90/ Die Grünen</u>
<p>Verständnis: In welchen Rahmen wird Engagement oder Ehrenamt gestellt? Welche Aufgaben, Funktionen übernimmt es bzw. soll es übernehmen?</p>	<p>„Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement“, so heißt es in einem eigenen Unterkapitel über „Stärkung von Zusammenhalt und Ehrenamt“, „gehört zu den zentralen Elementen einer lebendigen Demokratie. Es ist eine der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts.“ „Die vor uns liegenden Herausforderungen brauchen einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er erwächst aus sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Wir haben den Anspruch, eine aktive Bürgergesellschaft zu gestalten, in der sich jeder Einzelne für seine Mitmenschen einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt.“ (bis hierher S. 132)</p>	<p>Engagement und Vereine werden zwar im Abschnitt „Demokratie stärken“ aufgegriffen, aber in ihrer Bedeutung viel weitreichender dargestellt: „Millionen Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in (Sport-)Vereinen, der freiwilligen Feuerwehr, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Tafeln, Frauennotrufen, Flüchtlingsorganisationen, dem THW und anderen Organisationen. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher weiter unterstützen.“ (S. 47)</p>	<p>„Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die Aufgabe des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken. Dazu gehören zunehmend auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen Vernetzung bei weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht.“ (S. 182)</p> <p>„Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise den Kampf gegen Rassismus, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, und</p>

	<p>Engagement bedeutet hier auch Sicherheit: „Der große Anteil ehrenamtlicher Kräfte stellt nicht nur ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlichen Engagements dar, sondern sichert auch ein flexibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleistung.“ (S. 120f)</p>		<p>leisten ihren Beitrag zur Willensbildung.“ (S. 181)</p>
<p>Maßnahmen: Wo wird es so richtig konkret in Sachen Engagement?</p>	<p>Die Union legt in ihren Forderungen besonderes Augenmerk auf die Gewinnung von neuen Freiwilligen: „Noch mehr Erwachsene für den Dienst an der Gesellschaft gewinnen“ durch Erhöhung der „Attraktivität der Freiwilligendienste“; „mehr Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen“ (S. 133), mehr Menschen, „die sich für die Sicherheit einsetzen“, gewinnen (S. 121). Zudem fordert die Union, „ehrenamtliche Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter“ einzuführen, die „das Ehrenamt mit der digitalen Welt zusammenbringen“ sollen. Deren Auftrag lautet: „Sie geben ihre digitale Expertise ehrenamtlich weiter und tragen so mit dazu bei, dass die Digitalisierung in der Breite der Gesellschaft im Alltag ankommt.“ (S. 88) Unter der Unterüberschrift „Bürgerschaftliches Engagement fördern, zivilmilitärische Zusammenarbeit stärken“ heißt es, die Organisationen und Ehrenamtlichen, „die sich aufopfernd und</p>	<p>Die SPD thematisiert an zwei Stellen Aspekte der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit anderen Lebensbereichen: Arbeitnehmer:innen ihren gesetzlichen Bildungsurlaub nutzen lassen, „um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen“ (S. 47); Arbeitszeiten „besser zum Leben“ passend machen und mehr selbstbestimmte Zeit ermöglichen – „etwa für Familie, soziales Engagement und Weiterbildung“ (S. 29). Es soll darüber hinaus ein „Jugendfreiwilligenjahr“ (mit Rechtsanspruch) geben - „zur Unterstützung der beruflichen Orientierung und persönlichen Entwicklung, der Stärkung des freiwilligen Engagements“. „Das Engagement in Jugendfreiwilligendiensten muss für junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft möglich sein.“ (S. 40) Zudem heißt es: Es brauche ein leistungsfähiges Hilfesystem für Katastrophen. „Ehrenamtliche bilden gerade im ländlichen Raum das Herzstück dieser Strukturen. Wir werden dieses unver-</p>	<p>Die Grünen bieten ganz unterschiedliche Forderungen auf: „Die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für Engagierte ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen“; „die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral Organisationen unterstützt“; „eine Engagementkarte einführen“, „die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse sukzessive angleichen“; „Freiwilligendienste ausbauen und für alle ermöglichen“ (alle bis hierher S. 182f); „das freiwillige und Spontanhelfer*innen-Engagement (im Katastrophenfall) weiter stärken“ (S. 199); den Sport, „dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements“, „fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen“; die Zivilgesellschaft „transparenter machen „mit einem Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit Regeln zur Offenlegung der Spendenstruktur.“ (S. 182)</p>

	<p>unentgeltlich rund um die Uhr für Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen, müssen dauerhaft unterstützt werden.“ (S. 120)</p> <p>Eine weitere Frage der Sicherheit wird angesprochen: „Wer sich an Kindern und Jugendlichen vergeht, darf nie wieder beruflich oder ehrenamtlich Umgang mit ihnen haben.“ (S. 108)</p>	<p>zichtbare Engagement weiter unterstützen.“ (S. 51)</p> <p>Ein besonderer Fokus liegt auf der Demokratie: Mit einem entsprechenden Fördergesetz „werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft“. (S. 47)</p>	
<p>Freiwilligenagenturen: Inwiefern wird an Infrastruktur in Bezug auf Engagementförderung gedacht oder über Ähnliches nachgedacht?</p>	<p>Die Union spricht als einzige Partei eine „Einrichtung“ an, deren Beschreibung Freiwilligenagenturen und anderen Engagementförder:innen nahekommt: „Neben den Aktivitäten der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden wir daher die Einrichtung von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Sie können die Ehrenamtlichen beraten, ihnen die Arbeit erleichtern und bei der Vernetzung und Qualifizierung helfen.“</p> <p>Ansonsten soll in „strukturschwachen Regionen und ländlichen Räumen (...) massiv in die Infrastruktur jeder Art investiert werden.“ (S. 126)</p> <p>Daneben werden als Infrastrukturen vor allem Verkehr, Wirtschaft, Digitales und IT erwähnt.</p>	<p>Die SPD spricht Infrastrukturen an für Familie, (Jugend)Beteiligung, Pflege, Bildung und Teilhabe, Kultur, Verkehr, Sicherheit, Wohnen, Wirtschaft, Wissenschaft u.a., aber abgesehen von den ehrenamtlichen Strukturen der Katastrophenhilfe und bei Jugendverbänden gibt es keine Aussage zu etwas, das an engagementfördernde Infrastrukturen erinnert. Ansonsten heißt es: „Wir werden diese Missionen (in Bezug auf Klimawandel, Ungleichheit, Globalisierung etc.) im Zusammenwirken mit Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft voranbringen und den klimafreundlichen Infrastrukturausbau auf Grundlage eines neuen, gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturkonsenses gestalten.“ (S. 8)</p>	<p>Infrastrukturen werden von den Grünen oft thematisiert, in allen Feldern von Energie, Familie, Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Forschung, Digitalisierung, Verkehr etc. - laut Stichwortregister übertroffen nur von „Europa“, „Klimakrise“, „Kommune“, „Wirtschaft“ u. dgl. Allerdings wird Infrastruktur nicht explizit mit Engagement in Verbindung gebracht – obwohl es zu einer eher selbstverständlichen „Aufgabe des Staates“ erklärt wurde, siehe oben.</p> <p>Anschlussfähig erscheinen hier nur die Aussagen im Kontext „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und „lebenswerte Dörfer und Städte“: „Unser Ziel ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe</p>

			„Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern.“ (S. 135f)
<p>Besonderheiten: Was fällt auf, was lässt erstaunen, auch im Vergleich zu anderen Parteien?</p>	<p>Das „Regierungsprogramm“ der Union enthält ein Eigenlob, das eine besondere Wirkung von einzelnen staatlichen Maßnahmen unterstellt: „Wir haben das Ehrenamt immer gefördert und neue Formate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Der Erfolg spricht für sich: Heute engagiert sich fast jede dritte Person ab 17 Jahren ehrenamtlich. Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen steigt weiter an.“ Die Union spricht die Frage der Gleichberechtigung explizit im Ehrenamt an: „Frauen und Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im Beruf oder im Ehrenamt engagieren.“ (S. 78)</p>	<p>Obwohl von ihr mit ins Leben gerufen, erwähnt die SPD die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt kein einziges Mal. Wie andere Parteien (außer der AfD) hat sie ihr Programm in Leichte Sprache übersetzen lassen. In dieser Version taucht Ehrenamt nicht auf, aber Vereine. Es heißt: „Wir finden die Arbeit von diesen Vereinen (die gegen Hass kämpfen) sehr wichtig. Und wollen den Vereinen mehr Geld geben. Die Vereine sollen das Geld für eine längere Zeit bekommen. Und nicht immer wieder um Geld streiten müssen.“ (S.38)</p>	<p>Zivilgesellschaft ist im Programm der Grünen ein Hauptwort: Mit 56 mal fällt es weitaus häufiger als in den Programmen der anderen Parteien. Sobald Herausforderungen politisch anzugehen sind, soll Zivilgesellschaft überall mitbeteiligt werden, beim Aufbau von Medienplattformen, bei Erinnerungspolitik, beim Verfassungsschutz, im Kampf gegen sexualisierte Gewalt, im Zusammenwachsen Europas oder bei „feministischer Außenpolitik“. Zugleich wird das Wort Bürgergesellschaft oder dessen Wortstamm kein einziges Mal benutzt. Engagement als Begriff wird wiederum häufig genutzt, um Bemühungen Deutschlands oder anderer Akteure im internationalen Rahmen zu beschreiben.</p>
<p>Gemeinnützigkeit: Wie will man das Gemeinnützigkeitsrecht ändern – wenn überhaupt?</p>	<p>Das Gemeinnützigkeitsrecht wird nur bezogen auf wissenschaftliche Einrichtungen thematisiert.</p>	<p>Umfassende Änderung beabsichtigt: „Zu einer lebendigen Demokratie gehört eine starke Zivilgesellschaft und ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht. Daher werden wir prüfen, welche weiteren gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufgenommen werden können und sicherstellen, dass steuerbegünstigte Körperschaften wie Vereine bei der Verfolgung ihrer satzungsmäßigen</p>	<p>Umfassende Änderung beabsichtigt: „Die Gemeinnützigkeit ist ein wichtiger Status, der an vielen Stellen überhaupt erst Zugänge (zur demokratischen Willensbildung) öffnet.“ Initiativen und Verbände sollen „ihre gemeinnützigen Ziele auch durch politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens, sondern</p>

		<p>Zwecke auch politisch tätig sein können“. (S. 47) Zum Beispiel solle es möglich werden, dass ein Sportverein ohne negative Folgen zu einer Demonstration gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufruft.</p> <p>Zudem sollen der SPD zufolge das Wohnen, „die Entwicklung von eSports“ und Journalismus mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit unterstützt werden.</p>	<p>auch die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein.“ Als zusätzliche Zwecke“, so die Grünen, „sollten etwa Frieden, Durchsetzung der nationalen und internationalen Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes und „allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von Diskriminierung“ anerkannt und gestärkt werden. „Mit der Einführung einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können.“ (S. 182)</p> <p>Zudem soll eine „neue Wohngemeinnützigkeit (soll) für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen“. Auch Journalismus und E-Sport sollen als gemeinnützig anerkannt werden.</p>
--	--	--	---

	<u>AfD</u>	<u>FDP</u>	<u>Die Linke</u>
Verständnis: In welchem Rahmen wird Engagement oder Ehrenamt gestellt? Welche Aufgaben, Funktionen übernimmt es bzw. soll es übernehmen?	Keine Aussage gefunden.	„Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement gehören zu den Grundfesten unserer Gesellschaft. Von Sport und Kultur über Wohlfahrts- und Sozialarbeit bis hin zu Umweltschutz und Kommunalpolitik – tausende Menschen erfüllen in ihrer Freizeit elementare Funktionen in unserem Land. Ehrenamt ist mehr als nur Freizeit. Das freiwillige Engagement tausender Bürgerinnen und Bürger ermöglicht Millionen von Menschen freie Entfaltung, Selbstwirksamkeit und vor allem Kindern und Jugendlichen wertvolle Lernprozesse. Es bringt Menschen unabhängig ihres sozialen und kulturellen Hintergrundes zusammen, stiftet Gemeinschaft und fördert Toleranz.“ (S. 54)	„Mehr als 30 Millionen Menschen engagieren sich in diesem Land. In Vereinen, Initiativen, bei Rettungsdiensten, in der Freiwilligen Feuerwehr und an vielen anderen Stellen sorgen Engagierte für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Demokratie lebt von der kritischen und mitgestaltenden Beteiligung einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wir wollen dieses vielfältige freiwillige Engagement besser unterstützen und die Barrieren für soziale Gruppen, die im Engagement unterrepräsentiert sind, senken. Das bürgerschaftliche Engagement darf dabei nicht als Ersatz öffentlicher Aufgaben in der Daseinsvorsorge missbraucht werden.“ (S. 124)
Maßnahmen: Wo wird es so richtig konkret in Sachen Engagement?	Keine Aussage gefunden, allerdings soll begleitend zur Wehrpflicht ein „Gemeinschaftsjahr“ eingeführt werden: „Der Gemeinschaftsdienst soll in den Bereichen Pflege, Feuerwehr oder Technisches Hilfswerk geleistet werden.“ (S. 68)	Die folgenden Punkte werden auf- und ausgeführt: „Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale erhöhen“, „Ehrenamt von Bürokratie und Haftungsrisiken entlasten“, „Bundesfreiwilligendienst attraktiver machen“, „Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine vereinfachen“ (alle S. 54)	An mehreren Stellen und in unterschiedlichen Kontexten finden sich konkrete Forderungen mit Engagementbezug: „Kommunale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG anrechnen“ (S. 85), „Nutzung gemeinnütziger Stiftungen zur Steuervermeidung stärker“ einschränken (S. 89), „einen Hauptausschuss zum bürgerschaftlichen Engagement im Deutschen Bundestag“ einrichten (S. 125).

<p>Freiwilligenagenturen: Inwiefern wird an Infrastruktur in Bezug auf Engagementförderung gedacht oder über Ähnliches nachgedacht?</p>	<p>Infrastruktur wird nur bezüglich Verkehr, Militär, Digitalisierung, IT und Ähnliches beschrieben. Es heißt von der AfD dazu nur allgemein: „Soziale und technische Infrastrukturen sind die Grundlage unseres heutigen Zusammenlebens.“ (S. 193)</p>	<p>Infrastruktur wird nur bezüglich Wirtschaft, Verkehr, Digitalisierung, IT, Datensicherheit und Bildung thematisiert. Sonst gibt es nur die Aussage: „Ehrenamt und Sport wollen wir durch gute Rahmenbedingungen unterstützen.“ (S. 83)</p>	<p>„Ehrenamt braucht Hauptamt. Wir wollen Strukturen ausbauen und sichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen.“ (S. 124) „Die neu gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt möchten wir stärker auf die Förderung bestehender Engagementstrukturen ausrichten und die Rolle der Zivilgesellschaft weiter stärken.“ (S. 125)</p>
<p>Besonderheiten: Was fällt auf, was lässt erstaunen, auch im Vergleich zu anderen Parteien?</p>	<p>Vereine tauchen nur als „islamische“ oder „Moscheevereine“ auf, die u.a. auf Verfassungsfeindlichkeit zu überprüfen sind, oder als „lokale Kulturvereine“, die „unser Brauchtum und unsere Mundarten pflegen.“ (S. 160)</p>	<p>Auffällig am Engagementverständnis der FDP, siehe oben: Es werden nicht nur die gesellschaftlichen Funktionen aufgerufen, sondern auch der individuelle Nutzen („freie Entfaltung“, „Selbstwirksamkeit“, „Lernprozesse“). Zugleich wird „persönliche Verantwortung“, eigentlich Dreh- und Angelpunkt liberalen Denkens und an vielen Stellen des Programms präsent, nicht im Kontext von Engagement angesprochen. Die FDP ist darüber hinaus die einzige Partei, die das Angeln thematisiert, auch im Hinblick auf Ehrenamt: „Angeln ist sozial, kulturell, ökologisch und ökonomisch wertvoll für Deutschland.“ Die entsprechenden Vereine und Mitglieder seien „die Umweltschützer vor Ort, die sich um eine gesunde Flora und Fauna unserer Gewässer kümmern.“ Es sei „dem ehrenamtlichen Engagement der Anglerinnen und Angler zu verdanken, dass so</p>	<p>Die Linke thematisiert als einzige Partei Ausgrenzung explizit als Herausforderung des Engagements. Man wolle „die Barrieren für soziale Gruppen, die im Engagement unterrepräsentiert sind, senken“ (S. 124). Zudem spricht nur diese Partei die Monetarisierung an, die „verhindert werden müsse: „Der Charakter von freiwilligem Engagement muss erhalten bleiben.“ (S. 125) Angesprochen wird das Engagement gegen rechtsextremistische Tendenzen: „Aufklärung und Widerstand gegen Rechts wird von anderen geleistet: Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahin gehen, wo es weh tut.“ (S.117) Erinnerung als Aufgabe des Engagements wird erwähnt: „Ehrenamtlich geführte Ge-</p>

		manche Fischarten nach Deutschland zurückgekehrt sind.“ (S. 83)	denkarbeit soll flächendeckend unterstützt werden.“ (S. 128) Besetzungen werden als zivilgesellschaftliche Aktion verstanden. „Die zivilgesellschaftliche Wiederaneignung von zweckentfremdeten Räumen („Besetzungen“) wollen wir legalisieren.“ (S. 44)
Gemeinnützigkeit: Wie will man das Gemeinnützigkeitsrecht ändern – wenn überhaupt?	Keine Aussage der AfD dazu gefunden.	Änderung von der FDP nur in einem Punkt angestrebt: „Die Gemeinnützigkeit von E-Sports-Vereinen soll anerkannt werden.“ (S. 54)	Die Linke strebt eine umfassende Änderung an: „Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Ausweitung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke (zum Beispiel die Förderung der Menschen- und Grundrechte, des Friedens, des Klimaschutzes oder der sozialen Gerechtigkeit). Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ausdrücklich als unschädlich für die Gemeinnützigkeit benannt werden, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.“ Dadurch solle es aber zu keiner „verdeckten Parteienfinanzierung“ kommen. Die Erwähnung eines Vereins in einem Verfassungsschutzbericht soll „nicht mehr automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen“. (S. 89) „Zivilgesellschaftliche Vereine wie Change.org, Campact und Attac müssen durch eine Reform der Abgabenordnung wieder als gemeinnützig gelten.“ (S. 118)